

0077

ARBEITSGRUPPE

"HISTORISCHE STANDORTSBESTIMMUNG"VERTRAULICHP r o t o k o l lder Sitzung vom 21. März 1966Thema: Deutschland

Anwesende Mitglieder: Herren Minister Dr. A. Weitnauer, (Vorsitz)
 Prof. E. Böhler,
 Nationalrat P. Dürrenmatt,
 Nationalrat Prof. W. Hofer,
 Prof. H. Lüthy,
 Nationalrat Prof. O. Reverdin,
 Botschafter P. Rüeegger,
 a. Nationalrat Dr. K. Wick.

Abwesende Mitglieder: Herren Prof. E. Bonjour,
 Prof. J. Freymond,
 a. Bundesrat Dr. G. Lepori,
 Prof. J.R. von Salis,
 Minister P. von Salis,
 Oberstkörpskdt. E. Uhlmann,
 Nationalrat Prof. M. Weber.

Andere Teilnehmer: Herren Botschafter Dr. E. Stopper,
 Botschafter P. Micheli,
 Botschafter M. Troendle,
 Minister Dr. J. Burckhardt,
 Minister Dr. R. Bindschedler,
 Minister Dr. P. Jolles,
 Dr. R. Probst,
 Dr. A. Janner,
 Dr. B. Dumont,
 P. Languetin,
 Dr. V. Frank,
 R. Bosshard,
 J. Lugon,
 Dr. B. v. Tscharner,
 G. Ducrey.

Der Vorsitzende begrüsst die Teilnehmer und teilt mit, dass Bundesrat Spühler bedauere, nicht an der heutigen Sitzung teilnehmen zu können. Er habe grosses Interesse an der Tätigkeit der Arbeitsgruppe und werde bei nächster Gelegenheit an den Gesprächen anwesend sein.

Vor dem Referat von Botschafter Troendle über die Deutschlandfrage wird Botschafter Stopper eine kurze Schilderung der Integrationslage geben, wie sie sich nach der Einigung von Luxemburg darbietet.

Botschafter Stopper:

Es hält schwer, in wenigen Worten und zudem improvisiert einer so komplexen Lage gerecht zu werden. Jedermann ist sich im Klaren, dass in Luxemburg keine grundlegenden Probleme gelöst werden konnten; die Differenzen bestehen weiterhin. Dies geht allein schon aus den unterschiedlichen Interpretationen hervor. Während die Franzosen von einem Sieg ihrer Ideen sprechen und beteuern, dass keine Mehrheitsentscheide zu befürchten sein werden, geht aus den Aeusserungen von Aussenminister Schroeder anlässlich seines kürzlichen Besuches in Bern hervor, dass die Fünf der Meinung sind, Mehrheitsentscheide gemäss Römer-Vertrag würden durchaus möglich sein, selbst in sogenannten lebenswichtigen Fragen.

Eines wurde jedoch erreicht: Frankreich hat seinen Platz am Tisch wieder eingenommen. Es hat erkannt, dass es vorteilhafter ist, sich nicht zu isolieren und der Bundesrepublik die Führerrolle in der EWG zu überlassen. Es fällt übrigens auf, wie sehr die Bundesrepublik durch erhöhte Aktivität in Brüssel an Gewicht gewonnen hat.

Die Tatsache, dass ^{nichts}wirklich entschieden ist, wird zu einer Verlangsamung des Integrationsprozesses führen: Da keine Einigkeit darüber besteht, ob der Römer-Vertrag weiterhin als Instrument der politischen Integration zu betrachten ist, dürften die Zentralisierungs- und Harmonisierungsbemühungen in der EWG schwächer werden. Wie die "neue" EWG aussehen wird, wissen wir nicht, denn dies entscheidet sich in den gegenwärtig laufenden Auseinandersetzungen. Offen ist auch, ob sich die Lage in bezug auf die Assoziierungsmöglichkeiten ändern wird.

Der Römer-Vertrag bleibt, das Neue findet vielmehr in Nebenabsprachen und informellen Gentlemen's Agreements seinen Niederschlag. Damit kompliziert sich die Lage für ein kleines Land, welches mit Rücksicht auf die besonderen Formen seiner innerstaatlichen Demokratie und seinen Föderalismus, sein Verhältnis zur EWG nur auf klares Recht abstützen darf. Die allgemeine Entwicklung - Abkehr vom Supranationalismus - könnte an sich günstig sein, doch mag sie Formen annehmen, die keine günstigen Schlussfolgerungen erlauben.

In letzter Zeit haben sich die Zeichen gemehrt, dass Grossbritannien sich der EWG relativ rasch wieder nähern möchte. Obwohl an der kürzlichen Tagung der WEU sowohl die Fünf als auch Frankreich freundliche Worte für eine solche Entwicklung fanden, müssen die Schwierigkeiten weiterhin als beträchtlich bezeichnet werden. Es stellt sich die Frage, ob Frankreich nicht einzig aus taktischen Erwägungen handelt, sei es um in der NATO-Auseinandersetzung ein Gegengewicht zu setzen, sei es um die Kennedy-Runde abzuwerten. Auch die praktischen Schwierigkeiten bleiben gross, z.B. auf dem Gebiet der Agrarpolitik. Während die EWG die Lösung in Preiserhöhungen sucht, operiert Grossbritannien mit Subventionen und könnte nicht auf die EWG-Methode umstellen, ohne sein Lohngefüge zu gefährden, was wiederum Auswirkungen auf die Exportpreise hätte. Aussenminister Schroeder äusserte die Meinung, dass es nicht vor der zweiten Hälfte 1967 zu Verhandlungen zwischen der EWG und Grossbritannien kommen werde.

Aus schweizerischer Sicht ist zu hoffen, dass sich die Dinge nicht überstürzen. Die Assoziierungsformel birgt nach wie vor die Gefahr der Satellisierung. Wer Mitglied der EWG ist, kann heute vielleicht eher damit rechnen, dass er einen ihm nicht genehmen Beschluss verhindern kann. Der Assoziierte müsste sich dagegen auch heute entweder anpassen oder diskriminieren lassen.

Der Vorsitzende:

Die These, dass Frankreich im Hinblick auf die Auseinandersetzungen in der NATO Ballast abwerfen möchte, ist glaubhaft. Auch in bezug auf die Kennedy-Runde ertönen ja zur Zeit aus Paris Schal-

- 4 -

meienklänge. Wenn aber die Verhandlungen mit Grossbritannien und damit über eine Erweiterung der EWG in der zweiten Hälfte 1967 beginnen sollten - also unmittelbar nach dem geplanten Abschlussdatum der Kennedy-Runde (30. Juni 1967) - so könnte Frankreich diese neuen Verhandlungen zum Vorwand nehmen, um den europäischen Staaten in der Kennedy-Runde Zugeständnisse auf Meistbegünstigungsbasis zu verweigern. Auf derartige Schachzüge gilt es gefasst zu sein.

Dr. Probst:

Ist die Frage einer "Kleinen Kennedy-Runde" - einer Kennedy-Runde mit der EWG aber ohne Frankreich oder eine Kennedy-Runde ohne die EWG - noch aktuell und welches wären institutionell die Möglichkeiten, Verhandlungen auf dieser Basis zu führen?

Botschafter Stopper:

Wir wissen, dass die Fünf vor dem Luxemburger-Treffen eine Weiterführung der GATT-Verhandlungen ohne Frankreich ernsthaft in Erwägung zogen. Institutionell wäre dies möglich gewesen, da ja die EWG als Einheit verhandelt und in der dritten Phase der Uebergangszeit in handelspolitischen Belangen Mehrheitsentscheide möglich sind. Auf die Frage, ob die Schweiz allenfalls bereit wäre, auf einer solchen Grundlage mit der EWG weiterzuverhandeln, haben wir mit "ja" geantwortet, da wir die Kennedy-Runde als derart unentbehrlich erachteten, dass alles getan werden muss, was zu ihrem Gelingen beitragen könnte. Besonders unerträglich würde die Situation, wenn die EWG keine Liberalisierung vornimmt und die weltweite Inflation, die die Diskriminierung bis jetzt kompensierte, zum Stillstand käme. Die EWG würde dann für uns schwerer verdaulich.

Der Vorsitzende:

Nach Luxemburg haben Spekulationen über eine Kennedy-Runde ohne Frankreich an Aktualität verloren. Frankreich hat eingesehen, dass es günstiger ist, die Hand am Schalthebel zu behalten. So kann es die Kennedy-Runde - trotz der Schalmeienklänge - nötigenfalls zu Fall bringen.

Botschafter Rüeegger:

Offenbar hat sich nun doch die alte These vom "Europe des patries" durchgesetzt. Welches kann in diesem Europa die Rolle der kleinen "patries" sein? Und wie können wir die "Grossen" dazu bringen, in einer systematischen, festgelegten Form den Interessen der "Kleinen" Rechnung zu tragen? Für die Schweiz stellt sich ernsthaft die Frage, ob wir nicht wie zur Zeit der Heiligen Allianz und Palmerstons in erster Linie Rückhalt bei Grossbritannien suchen sollten, das sich ja verpflichtet hat, in seiner Integrationspolitik die Interessen der EFTA-Partner zu wahren. Die Gleichgewichtspolitik Grossbritanniens im 19. Jahrhundert wirkte sich für die Schweiz günstig aus. Auch heute gilt es, dafür zu sorgen, dass ein "Europe des patries" sich nicht zu Ungunsten der Kleinen auswirkt.

Botschafter Stopper:

Diesen Ueberlegungen kann beigespflichtet werden. Allerdings hat die These des "Europe des patries" im Römer-Vertrag nicht Eingang gefunden. Das neue System manifestiert sich in formlosen Abreden. Für einen Kleinstaat mit seinem qualifizierten Sicherheits- und Klarheitsbedürfnis wird dadurch die Lage noch lange schwierig bleiben.

Botschafter Troendle:

Referat siehe Beilage.

Der Vorsitzende dankt für das umfassende und originelle Referat. Dieses wird eine gute Grundlage der Diskussion bilden.

Nationalrat Prof. Hofer:

Durch das Referat von Botschafter Troendle fühle ich mich in ganz besonderem Masse angesprochen, verbrachte ich doch selbst zehn Jahre in Deutschland. Ich möchte zwei Punkte herausgreifen.

Zur Note Stalins vom März 1952: Herr Botschafter Troendle ist der Meinung, man hätte damals zumindest den Versuch unternehmen sollen, den guten Willen der Sowjets zu testen. Es sei aber daran er-

innert, dass der sowjetische Vorstoss ausgerechnet in dem Augenblick erfolgte, da die Verhandlungen über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) im entscheidenden Stadium standen. Es fragt sich, ob die Sowjets nicht einzig auf die Störung dieser Bemühungen abzielten. Uebrigens war die Bundesrepublik nicht in der Lage, eine eigene, unabhängige Aussenpolitik zu betreiben. Die Kritik müsste also wohl in erster Linie die Westmächte, die damaligen Protektoren der Bundesrepublik, treffen. Auch aus ideologischen Gründen ist fragwürdig, ob es sinnvoll gewesen wäre, die Vorschläge Stalins zu akzeptieren. Die Sowjets hätten sich wohl nicht mit einem neutralisierten Deutschland zufriedenstellen können. Dies wäre einem Verzicht auf die Revolutionierung Westeuropas gleichgekommen. Bekanntlich stellte aber Lenin die Richtlinie auf, dass Deutschland im Plan der Weltrevolution die Schlüsselstellung zukomme. Nun war allerdings zu Lenin's Zeiten Deutschland stärker als Russland, während heute das Verhältnis umgekehrt ist. Es stellt sich die Frage, ob die Sowjetunion vor einem kommunistischen Deutschland innerhalb des Ostblocks Angst hätte.

Zum Verhältnis der Bundesrepublik zum Westen: Es ist sicher richtig, wenn die Diskrepanz zwischen der wirtschaftlichen und militärischen Stärke der Bundesrepublik und ihrer Zwergstaatrolle in der westlichen Politik hervorgehoben wird. Herr Botschafter Troendle schreibt diese Diskrepanz vor allem der Ueberlegenheit der französischen Diplomatie zu. Liegt es aber nicht auch am autoritären System de Gaulles, ohne das die Angriffe auf die EWG undenkbar waren? Ein derartiges Vorgehen könnten sich die Deutschen aus politischen und aus psychologischen Gründen nicht leisten. Seit 15 Jahren verzichten die Deutschen bewusst darauf, ihre aussenpolitische Bewegungsfreiheit wiederzugewinnen. Ein Deutschland aber, das alle Rücksichten auf die EWG oder die NATO fallen liesse, würde uns weit grössere Schwierigkeiten bereiten als heute Frankreich. Dieses "Wohlverhalten" wird übrigens in Deutschland z.T. scharf kritisiert. Wenn man aber sieht, wer auf die Wiedergewinnung der Handlungsfreiheit drängt, so ist es klar, dass diese vor allem in der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion gesucht werden soll. Wir müssen es der Bundesregierung

- 7 -

danken, dass sie diesem Drängen nicht nachgibt. Herr Botschafter Troendle sagt mit Recht, dass heute die Gefahr eines neuen Nationalismus nicht akut ist - doch können sich die Verhältnisse rasch ändern. Man muss es für bedenklich bezeichnen, wenn heute das Nationalgefühl schlechthin als reaktionär gehalten wird. Ich habe an einer Tagung junger Geschichtswissenschaftler in Nürnberg für ein "gereinigtes Nationalbewusstsein" plädiert, das sich nicht auf Macht und Einheit, sondern auf Recht und Freiheit stützt, und darauf hingewiesen, dass dessen Fehlen die Anfälligkeit Deutschlands für neue Verführer erhöht. Ich bin mit dieser These jedoch auf eindeutige Ablehnung gestossen. Für diese Leute gilt nur noch Europa als Vaterland. Diese Anfälligkeit stellt denn auch die eigentliche Gefahr dar: Die Studenten der Freien Universität Berlin wenden sich gleichzeitig gegen Erhard und Ulbricht, sie sind zugleich Marxisten und Nationalisten. Derartige Tendenzen sind nicht neu. Man denke an die ersten Jahre der Revolution und an gewisse Erscheinungen in der deutschen Widerstandsbewegung gegen Hitler. Solange Deutschland ein Staat war, war auch die Zusammenarbeit mit dem Osten stets stärker als mit dem Westen. Die Tauroggen- und Rappallo-Erinnerungsfeiern in der DDR sind symptomatisch.

Botschafter Rüegger:

Ich möchte meiner Freude über die Gelegenheit Ausdruck verleihen, einen so hervorragenden Vortrag hören zu dürfen. Die Ausführungen Botschafter Troendle's zeichnen sich durch Scharfsinn, Realismus und eine universale Fragestellung aus. Es sind dies die wichtigsten Qualitäten der diplomatischen Arbeit.

Eines ist sicher erfreulich an der Lage in Deutschland. Es scheint, dass keine Generation der folgenden den Lebensmodus vorschreiben kann. Dagegen können Tendenzen zu einem neuen Rappallo-Denken zu Befürchtungen Anlass geben.

Ich möchte Herrn Botschafter Troendle einige Fragen stellen:

Wie stark ist heute noch die Opposition gegen eine definitive Festlegung der Oder-Neisse-Linie als Grenze? Herr Botschafter Troendle sprach doch davon, dass sich die Massen an diesen Dingen desinteres-

siert zeigen. Gerade diese Opposition könnte auch ein Hindernis für allfällige Neigungen zu einem Nationalkommunismus darstellen. Es ist frappierend, dass es keine Umfragen über das Oder-Neisse-Problem gibt, die über die Meinung der Massen Auskunft geben könnten.

Auch ich bin der Meinung, dass die Hallstein-Doktrin, die seinerzeit begreiflich erscheinen mochte, heute politisch und juristisch begründeter Kritik ruft, stellt sie doch einen zu starken Eingriff in die interne Sphäre der andern Staaten dar.

Wie weit haben sich in der Ostzone ehemals faschistische Elemente eingenistet?

Zum Verhältnis Deutschland-Schweiz: Die Bemerkungen Botschafter Troendles tönen nicht ermutigend. Auf Grund seiner grossen Erfahrung kommt er zum Schluss, dass wir in einer Auseinandersetzung mit der EWG wenig auf die Unterstützung der Deutschen zählen können. Gibt es nicht Wege und Mittel, die auch in der deutschen Wirtschaft feststellbare Abneigung gegenüber supranationalen Elementen auszunützen?

Nationalrat Dürrenmatt:

Meine in zahlreichen Gesprächen gesammelten Eindrücke bestätigen die Hauptbeurteilungen Botschafter Troendles. Die wichtigste Frage lautet: Was wird aus dem heutigen status quo?

An einer Tagung höherer hessischer Staatsbeamter, an der ich kürzlich eine Beurteilung der Entwicklung Deutschlands "seit dem Jahre Null" vornehmen musste, sprach auch ein aus Prag gebürtiger England-Deutscher namens Lowermann, der gegenwärtig Mitarbeiter von Wilton Park ist. Er behauptete, England vermisste an Deutschland vor allem die Neigung zum Experiment. Das aber ist es doch, was wir am meisten fürchten sollten. Die Deutschen sind Maximalisten. Das erklärt ihre Begabung für Musik und Wissenschaft, aber auch ihr Versagen in der Politik. Deutschland lebt zwischen der slawischen und der romanischen Welt und müsste versuchen, eine tragfähige Mittelstellung aufzubauen. Wie aber ist dies einem Volk möglich, das den Kompromiss nicht kennt? Die Schweiz und Oesterreich fanden ihre Aufgabe in der Geschichte, indem sie die Kunst des Kompromisses lernten. Nun nehmen aber Deutschlands Freunde die heutige politische Passivität dieses Landes zum Anlass, um die Deutschen zu neuen Experimenten zu drängen. Ich vermag darin nur Gefahren zu erblicken.

Professor Lüthy:

Wer sich mit Deutschland befasst, hat den Eindruck, in einen weichen Pudding zu greifen. Nichts erscheint fest strukturiert.

Frappierend ist die Beziehungslosigkeit zwischen Aussenpolitik und Innenpolitik. In den innenpolitischen Glaubensbekenntnissen steht die Wiedervereinigung stets an erster, in der Aussenpolitik aber an letzter Stelle. Hier dominiert die Integration in den Westen. Dort findet man sich nicht einmal bereit, das Münchner Abkommen und das Sudetenland abzuschreiben. Geschieht diese Selbstverbarrikadierung gegenüber dem Osten nur aus innenpolitischer Rücksichtnahme auf die paar Prozent Vertriebenenstimmen? Wie sieht es in den Köpfen der Politiker wirklich aus? Bei Adenauer wissen wir, dass ihm die Wiedervereinigung gleichgültig war. Erhard dürfte deswegen wohl ebenfalls keine schlaflosen Nächte haben. Die Frage ist eine moralische: je nach dem Publikum tönt es anders.

Auch meine zweite Frage berührt das Psychologische. Man sagt, Deutschland dürfe nicht allein gelassen werden, da es zu unberechenbar sei. Dennoch wird es nun von aussen gedrängt, mehr Selbstbewusstsein zu entwickeln. Soll es wieder Zünglein an der Waage werden? Die Gefahr, dass dieses Spiel erneut beginnt, ist umso grösser, als die europäische Integration ja offenbar an Interesse verloren hat. Deutschland kann, einmal ins Kreuzfeuer zwischen Moskau und Paris geraten, tödlich erpressbar werden. Das Gleichgewichtsspiel ist durch Frankreichs Ostpolitik wieder in Gang gesetzt. Die Generation, die noch das Ende des Nationalsozialismus miterlebt hat, dürfte gebrannt sein. Wenn aber die Jugend die neuen Möglichkeiten zu erkennen beginnt, besteht dann noch das Bewusstsein dieser Gefahr? Weiss der Deutsche der Generation "nach dem Jahre Null", dass man nicht mit dem Feuer spielen darf? Droht so nicht eines Tages alles wieder von vorn zu beginnen?

Professor Böhler:

Ich bin Herrn Botschafter Troendle dankbar, dass er grosses Gewicht auf das Wirtschaftliche gelegt hat. In der Tat ist die Krisenanfälligkeit der deutschen Wirtschaft infolge der ungenügenden Eigenkapitalbasis vieler, selbst grösster Firmen gross. Frankreich und Italien scheinen die Schwächeperiode hinter sich zu haben. In Deutschland aber besteht eine Situation, die von der finanziellen Seite her eine Entwicklung, wie sie die Dreissigerjahre sahen, nicht als ausgeschlossen erscheinen lässt.

Auch politisch ist die Lage Deutschlands schwierig. Es glaubte, in der Integration einen Halt zu finden. Nachdem diese jedoch durch de Gaulle in Frage gestellt worden ist, fällt Deutschland wieder auf seine Ausgangslage zurück. In einer Welt, die politisch in voller Auflösung begriffen ist, wird dieses Spiel äusserst gefährlich. Rings zeigt in seinem 1947 erschienenen Buch "Entzauberung der Politik", dass vor dem Krieg die Politik weitgehend auf Mythologien fusste. Heute ist dieser Irrealismus wieder gang und gäbe - man denke an Vietnam!

Entgegen der Auffassung Botschafter Troendles glaube ich, dass der Neo-Nazismus stark im Vormarsch ist. In den Augen der Russen bildet Deutschland nach wie vor die grösste Gefahr. Die Entwicklung kann aber ebenso gut nach links wie nach rechts ausschlagen. Die Isolierung erhöht natürlich die Gefahr, besonders weil bei der Jugend jedes Vertrauen in die führenden Staatsmänner, derer Vergangenheit sie misstraut, fehlt. Diese Jugend ist deshalb auf Mythen empfänglich.

Was die sogenannte Bildungslücke betrifft, glaube ich, dass es sich nicht um einen Mangel an Bildung, sondern des Charakters handelt. Prof. von Weizsäcker sagte einmal: "Was den Deutschen fehlt, ist nicht die Kritik des Verstandes, sondern die Kritik der Gefühle." Die bloss intellektuelle Bildung fördert noch den deutschen Maximalismus. Nicht das Wissen fehlt, sondern die Entwicklung der Persönlichkeit, die Anpassung an die Realität. Die Deutschen sind ein Volk von Schulmeistern. Was die Massen zur Universität treibt, ist nicht ein Bedürfnis nach Bildung, sondern nach Geltung. Die Gefahr, dass sich so ein akademisches Proletariat bildet, ist gross.

Conseiller national Reverdin:

Au terme de son exposé, M. l'Ambassadeur Troendle a souligné l'excellente réputation dont la Suisse jouit en Allemagne, Ces considérations m'amènent à relever combien les représentants allemands au Conseil de l'Europe nous tiennent pour leurs amis. Ce sentiment s'étend même aux Romands; il pourrait procéder de l'esprit critique que manifestent parfois ceux-ci vis-à-vis des thèses françaises. Je crains cependant le jour où nous devons décevoir les Allemands, eux qui n'ont pas toujours le parfait contrôle de leurs sentiments.

Par ailleurs, je voudrais relever un point qui me paraît important quant à l'attitude actuelle de l'Allemagne. Il semble qu'aujourd'hui ce pays veuille trouver une nouvelle zone d'expansion, dans le domaine de la recherche scientifique. C'est du moins l'impression que j'ai retirée de mes contacts avec M. le Ministre Stoltenberg. Peut-on affirmer que l'Allemagne entreprend réellement un gros effort dans ce sens et cela ressort-il de la part du produit national actuellement affecté à ce secteur?

On pourrait penser qu'à travers ce nouveau domaine d'activité, l'Allemagne veut fortifier en elle le sentiment d'une puissance accrue. En fait, il est frappant de constater la peine que paraît avoir l'Allemagne actuelle à se situer dans un monde qui a perdu, à ses yeux, son caractère manichéen. Aussi est-elle désorientée face à la complexité des récents développements intervenus dans la politique internationale, tel par exemple le voyage à Moscou décidé par le Général de Gaulle ou la nouvelle orientation du Parti communiste français. L'attentisme américain vis-à-vis de Paris pourrait accroître encore son incertitude. Les Allemands ne semblent pas politiquement et intellectuellement adaptés à cette évolution. Si l'intérêt manifesté par la recherche scientifique peut représenter une nouvelle aventure pour l'Allemagne et constituer aussi une manière de répit pour ses voisins, il est à craindre que cette nouvelle orientation provoque demain un accroissement dangereux de la puissance allemande.

Der Vorsitzende:

Ich glaube nicht, dass das deutsche Volk an sich unpolitisch ist. Eigene Anschauung zeigt mir, dass die Jungen ein Betätigungsfeld für ihren politischen Tatendrang suchen. Der enge Rahmen der Bundesrepublik genügt ihnen jedoch nicht. Auffallend war doch, wie die Deutschen de Gaulle zujubelten und ein Jahr später Kennedy mit derselben Begeisterung empfangen. Auch die europäische Integration hatte lange Zeit eine starke Anhängerschaft gefunden. Die grundlegende Frage lautet deshalb: Wem wird es gelingen, diese Energien für sich zu gewinnen? Ich frage mich, ob nicht, wenn die Amerikaner bereit wären, die deutsche Karte voll auszuspielen, die Bundesrepublik dafür zu gewinnen wäre, mit Unterstützung der grossen Mehrheit der Bevölkerung an die Seite Amerikas zu treten.

Botschafter Troendle:

Die gestellten Fragen und anderen Aeusserungen betreffen zum Teil mein Referat, zum Teil gehen sie darüber hinaus. Letztere sind besonders schwierig zu beantworten. Ich fasse in meiner Antwort zusammen, was zusammengehört.

Zur Grundeinstellung Moskaus gegenüber Deutschland:

Herr Prof. Hofer hat Zweifel darüber geäussert, dass Russland auf das Ziel, ganz Deutschland kommunistisch werden zu lassen, verzichten könnte. Nach meinen Erfahrungen in Moskau denken die Herren im Kreml nicht in ideologischen, sondern in politischen Kategorien. Russland will eines nie mehr müssen: Deutschlands wegen Krieg führen. Deutschland muss deshalb in Schranken gehalten werden und dafür ist die Zweiteilung das beste Mittel. Lenin schrieb seine Richtlinie, dass die Inbesitznahme Deutschlands die zentrale Aufgabe der Revolution sei ("Wer Berlin hat, hat Deutschland, wer Deutschland hat, hat Europa"), als er noch in den Cafés in Genf und Zürich sass und sich nicht träumen liess, die Revolution werde ausgerechnet in Russland Erfolg haben. Als er jedoch in Moskau an der Macht war, wurde seine Politik in erster Linie russisch.

- 13 -

Zur diplomatischen Ueberlegenheit Frankreichs:

Ich wollte mit dieser Bemerkung nicht Stellung zu Gunsten der französischen Politik beziehen. Ich wollte nur ausdrücken, dass die diplomatisch-technische Schulung der Franzosen derjenigen der Deutschen haushoch überlegen ist. Die Deutschen haben nun plötzlich das Gefühl, man müsse es den Franzosen einmal zeigen, z.B. in Brüssel. Aber weiss Deutschland, welche Politik es wirklich betreiben will? Auch ich halte die Gefahr einer neuen Hinwendung nach Osteuropa für real. Vorzeichen sind schon die Aktivität gewisser deutscher Firmen (z.B. Krupp) in Osteuropa. Vielleicht ist es gerade diese Gefahr, die Frankreich dazu veranlasst, im Osten aktiver zu werden. Zu Zeiten Adenauers, von dem man wusste, dass er die Wiedervereinigung nicht will, war diese Gefahr gering. Jetzt, da die Zusammenarbeit harzt, zieht de Gaulle als alter General die "solution de rechange" aus der Tasche. Er geht nach Moskau, um Deutschland in die Zange zu nehmen. Auch er will kein grosses und mächtiges Deutschland. Seine Politik ist aber nicht ungefährlich, denn man kann Deutschland nicht zurückbinden, indem man es demütigt. Dies treibt Deutschland lediglich den Russen oder den Amerikanern in die Arme und ihrer Veranlagung nach dürfte es den Deutschen leichter fallen, sich nach Osten auszurichten und ihrem alten zivilisatorischen Missionsdrang nachzugeben.

Eine wirkliche Erleichterung könnten nur Fortschritte in der Genfer Abrüstungskonferenz bringen, das heisst, wenn es zu einer durchgreifenden Entmilitarisierung ganz Europas käme. Wenn Deutschland schwach ist, sind auch die Russen zu Konzessionen bereit. Doch das Misstrauen ist allseitig so gross, dass man die Chancen als sehr klein bewerten muss. Vielleicht sieht de Gaulle, dass die NATO eine Herausforderung gegenüber dem Osten darstellt und will sie deshalb schwächen. Aber er leidet an einer Art Torschlusspanik, wenn er meint, in wenigen Jahren noch vieles erledigen zu müssen, was sonst lange Zeiträume beanspruchen würde.

- 14 -

In Deutschland ist die Gefahr politischer Explosionen klein, solange das Wohlstandsfett hinhält. Ungeduldig ist lediglich die akademische Jugend. Zu viele unter den Jungen sehen keine Zukunft für sich. Man sollte auch die Vorkommnisse an der Freien Universität Berlin nicht zu tragisch nehmen. Ich habe den Eindruck, dass die grosse Mehrzahl der Studenten einzig ihre Karriere im Kopf haben. Was die Arbeiterschicht betrifft, so ist sie - jedenfalls solange sie zufrieden ist - apolitisch.

Zur Frage der Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze und der Rechtskraft des Münchner Abkommens: Ich habe noch niemanden getroffen, der behauptet hätte, ein Verzicht komme überhaupt nicht in Frage. Doch will man einen Trumpf in der Hand behalten, um ihn zu Gunsten der Wiedervereinigung verwenden zu können. Völlige Intransigenz gibt es höchstens noch bei einigen Vertriebenen, die sich heute allerdings immer mehr assimilieren und in einiger Zukunft kaum mehr in Erscheinung treten werden. Man weiss, dass diese Gebiete verloren sind, doch will deswegen bei den Wahlen kein Politiker auch nur eine Stimme verlieren.

Zur Lage in der DDR: Ich kann zwar nicht aus eigener Anschauung sprechen, doch glaube ich, dass dort die organisatorische Durchdringung gar nicht so notwendig ist. Die Leute scheinen von selbst mit Einsatz und Teamegeist zu arbeiten. Der Konformismus des Einzelnen genügt zumeist, ihn bei der Stange zu halten.

Zum wirtschaftlichen Gewicht der Schweiz gegenüber der Bundesrepublik: Sicher sind wir ein sehr wichtiger Partner und unser Defizit im Deutschlandhandel ist für die Bundesrepublik fast lebenswichtig. Doch wenn die Deutschen in Brüssel sitzen und ein Entscheid gefällt werden muss, so können wir nicht auf sie zählen. Die Antwort ist stets: "Es tut uns leid, aber es ging eben nicht". Stellt sich dann die Frage allfälliger Repressalien, so ergibt sich, dass es trotz des grossen Imports äusserst schwierig ist, eine Ware zu finden, bei der wir die Deutschen empfindlich treffen können. (Gegenüber Italien haben wir z.B. die Orangen.) Wir können also unseren Trumpf nicht ausspielen, es sei denn, man wollte zum Mittel massiver Einfuhrbeschränkungen greifen.

Im übrigen muss man sich bewusst sein, dass ein grosser Teil des Handelsdefizits durch Kapitaleinfuhr und Dienstleistungen (Fremdenverkehr, Versicherung) ausgeglichen wird.

Zu den deutschen Bemühungen auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung: In der Tat macht man sich in Deutschland grosse Sorgen wegen des gegenwärtigen Rückstandes, und es werden Bemühungen unternommen, diesen Rückstand aufzuholen. Doch die staatlichen Mittel fehlen weitgehend. Noch legt der Bundestag das Schwergewicht auf den Ausbau des Wohlfahrtsstaates. Auch die privaten Stiftungen haben wenig Geld. Dagegen wenden die Firmen grosse Beträge für ihre eigene Forschung auf. Was aber mangelt, ist die Grundlagenforschung. Eine intensivere deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung war übrigens das einzige Positivum des kürzlichen Erhard-Besuchs in Paris. Inwiefern die neuesten Entwicklungen (NATO-Krise) dieses wieder gefährden, sei dahingestellt.

Zur deutschen "Stierköpfigkeit": Diese ist in der Tat manchmal sehr ausgeprägt. Man hat oft den Eindruck, die Deutschen seien heute in ihren Prinzipien festgefahren. Man denke an den Lärm, den die Deutschen uns kürzlich wegen der Berlinklausel machten. Und hätte man die Hallstein-Doktrin nicht uri et orbi verkündet, so wäre sie viel wirksamer geworden und man hätte flexibler sein können.

a. Nationalrat Wick:

Ich möchte kurz auf die Abrüstungskonferenz zurückkommen. Sie dauert nun schon seit Jahren, und kein Ergebnis ist in Sicht. Warum? Weil das gegenseitige Vertrauen fehlt, weil noch niemand den Beweis für die Glaubwürdigkeit seiner Politik geliefert hat. Ohne Vertrauensbasis ist aber ein Arrangement nicht möglich. Politisch leben die Staaten von der Hand in den Mund. Sicherheit und eine langfristige politische Planung fehlen. Beide Seiten leben noch im alten Macchiavellismus. Woher kommt das Misstrauen? Das ist ein menschliches Problem. Wir sind uns nicht darüber einig, was der Mensch ist. Man spricht an jenen Konferenzen zuviel von den Rechten der Nationen und zuwenig von den Menschenrechten. In Ost und West lebt man im geistigen Chaos, weil

- 16 -

keine gesamt menschliche Konzeption besteht. Wie sollte so eine Einigung möglich sein? Ich erinnere an Max Picards Buch "Hitler in uns selbst". Nach dem Krieg haben viele Deutsche zugegeben, dass auch sie angesteckt worden seien. Das Phänomen ist aber nicht auf die Deutschen beschränkt.

Und deshalb misstrauen die europäischen Nationen einander. Zwar sieht man die Notwendigkeit ein, sich zu einigen. Man wird aber nie zu einer Einigung gelangen, wenn der Feststellung der Menschenrechte zuvor nicht mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Minister Jolles:

Ich möchte eine wirtschaftspolitische Frage stellen, der im Hinblick auf die weitere Entwicklung der europäischen Integration Bedeutung zukommt. Wie schätzt Herr Botschafter Troendle das innerdeutsche wirtschaftliche Kräftespiel ein? Wie gross ist das politische Gewicht der landwirtschaftlichen Kreise, welche wesentliche Lasten zu übernehmen haben, und wie stellen sich hier die Gegenkräfte der Industrie? Ueben diese Kräfte und Gegenkräfte im Gesamten eher einen bremsenden Einfluss auf die deutsche Haltung in der Integration aus, oder haben im Schosse der verantwortlichen Behörden politische Auffassungen das Primat?

Botschafter Troendle:

Die Beantwortung dieser Frage führt in den Bereich des Spekulativen. Zweifellos sind in Deutschland zur Zeit verschiedene Kräfte am Werk, wobei man sagen kann, dass die rein politisch orientierten Leute "pro-Brüssel" eingestellt sind, während die eher wirtschaftlich orientierte Schicht in ihren Auffassungen recht gespalten ist. Die industriellen Kreise sind mehrheitlich der Meinung, man müsse zwar in der EWG mitmachen, doch sei darauf zu achten, nicht zu viele Nachteile einzuhandeln. Sie treten für eine Erweiterung der EWG und eine Verständigung mit den übrigen europäischen Ländern ein.

- 17 -

Im Grunde genommen ist es die politische deutsche Einstellung zur europäischen Integration, dass nur ein integriertes Europa Deutschland genügend mächtig werden lassen kann, um eines Tages von den Russen die Ostzone einzuhandeln.

Der Vorsitzende stellt fest, dass sich die deutsche Industrie erfreulicherweise gegenüber den Verlockungen des abgeschlossenen eigenen EWG-Marktes als immun erwiesen hat.

Er dankt Herrn Botschafter Troendle für den ausserordentlich anregenden Tag und den Anwesenden für ihre aktive Teilnahme an der Diskussion.

1 Beilage erwähnt

21. März 1966

Die Deutschlandfrage

Referat von Botschafter M. Troendle.

1. Als ich im vergangenen Herbst die Anregung machte, gelegentlich vor Ihrem Gremium über Deutschland zu sprechen, liess ich mich von der Ueberlegung leiten, dass es vielleicht angezeigt wäre, sich einmal zu vergegenwärtigen, wie es eigentlich heute bei unserem nördlichen Nachbarn bestellt ist. Die politische Entwicklung in Deutschland hat ja in der Tat für die Schweiz grösste Bedeutung, im besonderen wegen dem schwierigen Integrationsproblem und der uns von der EWG her drohenden Diskriminierung.
2. Vorausschicken muss ich, dass die Beurteilung des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Geschehens nicht nur aus Bonner und Kölner Sicht erfolgen darf. Es gilt zu berücksichtigen, dass sich seit Wegfall der Hauptstadt Berlin mehrere Schwerpunkte des Geschehens gebildet haben, wobei vielleicht in groben Zügen gesagt werden kann, dass in München das kulturelle Leben zuvorderst steht, während für die Wirtschaft das Ruhrgebiet mit der Hauptstadt Düsseldorf massgebend ist; der internationale Handel sich besonders in Hamburg abspielt und das Finanz- und Versicherungsgewerbe in Frankfurt dominiert. In Bonn, als Sitz der Bundesregierung und des Bundesparlaments, wird nur Politik gemacht.
 Wenn man von Deutschland spricht, darf man aber auch Westberlin und die sogenannte Sowjetzone nicht ausser acht lassen, wobei sich allerdings dem diplomatischen Vertreter in Bonn in dieser Hinsicht keine Möglichkeiten zu direkter Beobachtung bieten.
3. Ich hatte in der unmittelbaren Nachkriegszeit Gelegenheit, das zerstörte Deutschland zu sehen und war daher nach Uebernahme des Postens in Köln umsomehr beeindruckt von den ausserordentlichen Leistungen beim wirtschaftlichen Wiederaufbau. Ob es richtig ist, hiebei von einem Wunder zu sprechen oder ob man dieses Resultat ganz

einfach als Folge der Tüchtigkeit und Einsatzbereitschaft der Bevölkerung ansehen und zum Teil auch der Marshallplanhilfe zuschreiben will, kann dahingestellt bleiben. Das Resultat lässt sich nicht abstreiten. Die Bundesrepublik steht heute als mächtigster Wirtschaftspartner auf dem europäischen Kontinent da.

Die Frage, ob dieses Land bereits wirtschaftlich und insbesondere finanziell konsolidiert und damit auch fähig ist, allfällige Konjunkturrückschläge ohne Dauerschaden zu überwinden, sei bei meinen heutigen Ausführungen nur gestreift, denn eine nähere Untersuchung würde allein schon die mir zur Verfügung stehende Zeit ausfüllen.

Bei den wirtschaftlichen Dachverbänden erkennt man, dass die deutsche Industrie auf schwachen Füßen steht und im Durchschnitt über zu wenig Eigenkapital verfügt. Die fremden Gelder, die gelegentlich über 80 % der Investition ausmachen, bestehen selten mehr als zur Hälfte aus langfristigen Verpflichtungen, und die liquiden Mittel sind zu gering im Verhältnis zu der kurzfristigen Verschuldung. Die deutsche Industrie expandiert eben vorwiegend nicht auf dem Wege der Selbstfinanzierung, sondern mit Hilfe fremden Kapitals. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages schätzte einmal den Konsolidierungsbedarf der deutschen Wirtschaft auf 20 bis 30 Milliarden DM. Zum Teil mag diese gefährliche Lage mit der exzessiven Wegsteuerung der Unternehmergewinne in Zusammenhang stehen, hauptsächlich ist sie aber, wie gesagt, bedingt durch die hemmungslose Expansionslust der deutschen Unternehmer, die sich auch durch das ungesund hohe Zinsniveau nicht bändigen lässt.

Diese latent vorhandene Krisenanfälligkeit der westdeutschen Wirtschaft sollte bei der politischen Beurteilung der Bundesrepublik nicht vergessen werden.

4. Wie steht es nun aber mit dem kulturellen und politischen Wiederaufbau, und wie denken und fühlen heute die Deutschen?

Es ist ausserordentlich schwierig, diese Frage summarisch zu beantworten, denn innerhalb der Bundesrepublik treten Verschiedenheiten zutage, die in mancher Hinsicht einen gemeinsamen Nenner ausschliessen.

- 3 -

Die von den Siegermächten bewusst geförderte bundesstaatliche Struktur steht einer einheitlichen Entwicklung entgegen. Die Bundesrepublik setzt sich bekanntlich - ohne Berlin - aus 10 Bundesländern zusammen, von welchen aber die wenigsten eine eigenstaatliche Vorkriegsvergangenheit haben; nur das traditionell reichsfeindliche Bayern - allerdings ohne linksrheinische Gebiete - und noch die Hansestädte Hamburg und Bremen. Schon Baden-Württemberg stellt eine durch Zusammenlegung zweier Staaten entstandene Neubildung dar, die wegen der Revisionstendenzen in Südbaden noch nicht als konsolidiert angesehen werden kann. Die übrigen Länder sind teils nach früheren Grenzen, aber doch mehr oder weniger zufällig - in Anlehnung an die Besatzungszonen - neu geschaffen worden. Einen wesentlichen Faktor für die Gesamtbeurteilung bildet die wirtschaftliche Machtkonzentration in Nordrhein-Westfalen, dem wichtigsten und bevölkerungsreichsten Bundesland. In Düsseldorfer Regierungskreisen machen sich bereits Tendenzen zur Schaffung eines noch grösseren Wirtschaftsraumes auf Kosten der angrenzenden Länder bemerkbar.

5. Ein Gesamtbild wird aber auch durch die differenzierte Einstellung der Generationen zum neuen Staat erschwert. Da haben wir zunächst die Ältere und mittlere Generation, welche dem nationalsozialistischen Regime, entgegen allen Beteuerungen, verschrieben war, sei es aus Ueberzeugung oder Opportunismus oder falsch verstandener Vaterlandsliebe. Diese Leute lassen sich nicht mehr ändern; man tröstet sich damit, dass sie in absehbarer Zeit sterben. Sie verhalten sich still, einige aus Scham, viele aus Angst, andere weil sie wissen, dass man ihrer Erklärungs- und Beschwichtigungsversuche überdrüssig geworden ist. Ohne Einfluss sind sie aber doch nicht; Tausende stehen noch als Lehrer, Beamte oder Richter im Amt.

Von der jüngeren Generation, den heute etwa 30 bis 40-Jährigen, die während der letzten Nazizeit noch zur Schule gingen und beim Zusammenbruch fürs Berufsleben reif waren, haben die meisten nur das schreckliche Ende bewusst miterlebt, aber auch den trüben Anfang der Nachkriegsjahre, die Besetzungszeit. Ihr hervorstechendes Merkmal ist

die Unsicherheit; sie führt zur politischen Abstinenz, zur Konzentration auf die materiellen Errungenschaften und Möglichkeiten.

Die ganz Jungen glauben genau zu wissen, was sie wollen. Sie fühlen sich in keiner Art und Weise für die Vergangenheit verantwortlich, spüren aber, dass sie doch indirekt durch diese belastet sind, so durch ihre Eltern, oder durch die Lehrer, die ihre eigene Ausbildung noch unter dem Naziregime empfangen haben. Sie wollen deshalb die Verneinung; Bindungen und Traditionen gelten nichts mehr, der Patriotismus ist ein Schreckgespenst und jede Form von Nationalismus - auch eine vernünftige - vorläufig noch in Verruf. Solange Hoffnung bestand, in absehbarer Zeit ein supranationales Europa zu verwirklichen, wurde versucht, diese Jugend für den Europagedanken zu begeistern. Seitdem dieses Ziel aber wegen des französischen Widerstandes in unabsehbare Ferne rückte, zeigt man sich in einsichtigen Bonner Kreisen in vermehrter Masse besorgt um die Wendung, welche die Dinge nehmen könnten.

6. Man spricht in der Bundesrepublik viel von der Bewältigung der Vergangenheit. Dieses Problem ist in der Tat nicht gelöst, aber auch kaum lösbar. Es wird wohl mit dem nächsten Generationswechsel von selbst verschwinden. Besteht eine Gefahr, dass eine kommende Generation wieder zur Blut- und Bodenlehre, zum Rassenwahn zurückkehrt? Bis jetzt liegen hierfür keine ernst zu nehmenden Anzeichen vor, denn das, was hin und wieder in nationalsozialistischen Vereinigungen geredet und in unbedeutenden Blättern geschrieben wird, scheint mir zu wenig, um als neo-nationalsozialistisch bezeichnet werden zu können. Richtiger wäre hierfür der Ausdruck Krypto-Nationalsozialismus.

7. Während der Aufbauperiode nach dem Zusammenbruch hat sich bei Alt und Jung eine ausgesprochen materialistische Einstellung zu den Lebensfragen durchgesetzt, die von Sozialpsychologen als Periode des sich Wiedersattens bezeichnet wird und heute noch nicht zum Abschluss gelangen konnte. Bezeichnend für diese Situation ist unter anderem die Interessenlosigkeit der grossen Masse am politischen Geschehen im In- und Ausland. Die letzten Bundestagswahlen zeichneten sich zwar durch eine hohe Stimmbeteiligung aus; die Wahlpropaganda zeigte jedoch

deutlich, dass die Parteien wenig Vertrauen hatten in den politischen Verstand und die politische Reife der Wählermassen, denn sie gebärdeten sich als amerikanische Sales-Manager und priesen ihre Kandidaten an wie Waschmittel. Andererseits hat ein grosser Teil der Wähler wenig Vertrauen in die Politiker und in die Parteien. Die Kritiksucht treibt ihre Blüten im Gespräch, in den Massenblättern, im Cabaret, auf eine Art und Weise, die nachdenklich stimmt, weil sie nicht konstruktiv ist, sondern an den Grundlagen des Staatswesens rüttelt. Die Angriffe auf politisch exponierte Persönlichkeiten wollen das System treffen, die junge Demokratie, der man weitherum wenig Kredit gibt, obwohl Aeusserlichkeiten, wie gerade das Wahlergebnis von 1965, nicht ohne weiteres hierauf schliessen lassen. Man votierte bei den Parlamentswahlen jedoch kaum für ein Programm, sondern vielmehr für das kleinere Risiko, die angebliche Sicherheit, wem immer man seine Stimme gab.

8. Dieser Mangel an Staatsbewusstsein und der Hang zu materieller Einstellung ist vielen einsichtigen Deutschen bewusst, und es sind auch Kräfte am Werk, um diesen Uebelstand abzuheben. Sie treten vor allem in den guten Zeitungen, die heute wieder ein beachtliches Niveau haben, in Erscheinung. Leider werden diese aber nur von einem ganz kleinen Teil der Bevölkerung gründlich gelesen, denn die meisten beziehen ihre Informationen aus den Massenblättern. Man darf auch dem Radio und dem Fernsehen zugestehen, dass sie sich redlich bemühen, objektiv und selbstkritisch zu informieren und die schwelenden Probleme beim Namen zu nennen, was wiederum auf vielverbreitete scharfe Kritik stösst. Schliesslich haben auch eine Reihe von Universitäten das Problem der Stellung des Bürgers zu seinem Staat und zu dessen Vergangenheit aufgegriffen, wobei die Verantwortung der Hochschulen, Professoren und Studenten für die politische Entwicklung des Gemeinwesens in Vorlesungsreihen gründlich zur Sprache gebracht und bejaht worden ist. Als Novum haben sich in letzter Zeit mehrere Schriftsteller, Soziologen, auch einzelne Bühnenkünstler, ja sogar Komponisten an der politischen Meinungsbildung beteiligt, was allerdings ihrem Ruf unter den gegebenen Umständen nicht immer förderlich war.

9. Das nationalsozialistische Regime hat eine ungeheure Kultur- und Bildungslücke, ja geradezu eine systematische Verbildung breiter Volksschichten und im besonderen eines wesentlichen Teils der "Intelligenzia" hinterlassen, deren Behebung sich als viel schwieriger und viel zeitraubender herausstellt als die Beseitigung der materiellen Kriegszerstörungen.

In der Bundesrepublik wurde bis jetzt der kulturelle Wiederaufbau vernachlässigt, wodurch das anfängliche Vakuum noch eine Ausweitung erfuhr. Die verantwortlichen Politiker gingen offenbar von der Annahme aus, die Deutschen nur so an das provisorische, zerbrechliche und ausserdem vom Kommunismus bedrohte Staatswesen binden zu können, dass sie es zu einem ausgeklügelten Wohlfahrtsstaat machten. Die Wirtschaft musste als Ersatz für verlorene politische und kulturelle Positionen dienen. Dabei wurden aber Mittel absorbiert, die für die Infrastruktur eines jeden Gemeinwesens im wissenschaftlichen Zeitalter lebenswichtig sind. Der "Bildungsnotstand" ist zu einem der grossen Probleme geworden, deren Lösung keinen Aufschub verträgt. Und doch kommt nicht einmal die Diskussion hierüber richtig vom Fleck.

Die überhitzte Konjunktur, das Leben über die Verhältnisse, hat die Kürzung der öffentlichen Ausgaben notwendig gemacht. Man glaubte selbst bei dem relativ ohnehin bescheiden dotierten Kulturretat des Bundes, Abstriche machen zu können. Die Länder und Gemeinden folgen nach. Die Universitäten - besonders die der weniger reichen Länder - bremsen ihre Ausbau- und Erweiterungsprogramme, Theater werden geschlossen, die Museen müssen auf weitere Ankäufe verzichten. Die staatliche Kulturpolitik wird immer mehr zur Zielscheibe der Kritik. Doch sind es recht wenige, die sich daran beteiligen. Das Volk ist kaum interessiert; provinzieller Egoismus und kultureller, in hergebracht bürgerlichen Lebensformen schwelgender Konservatismus tun das übrige, um die Lage zu verschlimmern.

Dazu kommt, dass die geistige Leere, welche das Nazitum zurückgelassen hat, auch personell bei weitem nicht aufgefüllt werden konnte. Es herrscht in den meisten Sparten des kulturellen Lebens Mangel an

schöpferischen Kräften. Man ist zum Teil heute noch gezwungen, geistige Nahrung im Ausland zu suchen - auch in der Schweiz! Oder man glaubt im Zeichen der von vielen Komplexen überschatteten Unsicherheit noch nicht an die Leistungsfähigkeit der eigenen Künstler. Wahrscheinlich spielt auch das Bedürfnis, sich betont international zu geben, bei der Gestaltung des an und für sich äusserst regen Kulturbetriebes eine wichtige, aber negative Rolle.

10. Die Bundesregierung war in letzter Zeit auf aussenpolitischem Gebiet bekanntlich nicht gerade erfolgreich. Hierbei ist am guten Willen der massgebenden Persönlichkeiten, loyal an der Sicherung des Weltfriedens mitzuarbeiten, wohl nicht zu zweifeln. Bonn hat heute weder Revanche- noch Hegemoniegedanken und wäre im Grunde genommen auch zu Konzessionen bereit, um das Verhältnis mit der Sowjetunion und mit den osteuropäischen Staaten zu bereinigen. In geradezu tragischer Weise wollte es aber der Bundesrepublik bis jetzt nicht gelingen, Vertrauen zu erwecken, und zwar aus Gründen, die zum guten Teil bei den Deutschen selbst liegen. Befürchtungen, Deutschland könnte wieder zu mächtig werden und einmal mehr - sei es wirtschaftlich oder politisch-militärisch - den Frieden bedrohen, werden nicht nur in Moskau und in der Hauptstädten des Ostblocks gehegt, sondern ebenfalls - und vielleicht sogar in demselben Masse - in Paris und London. Selbst mit Washington - wo man den deutschen Beitrag zur Containmentpolitik besonders schätzt - existiert kein eigentliches Vertrauensverhältnis.

Die Erfolgslosigkeit der deutschen Aussenpolitik hat in der Bundesrepublik zu einem verbreiteten Malaise geführt, welches sich auch in den ständigen Angriffen gegen den Bundeskanzler und seinen Aussenminister äussert, wobei es allerdings den Kritikern vielfach gar nicht um die Sache geht, sondern um den Versuch, den politischen oder persönlichen Gegner aus dem Sattel zu heben, um alsdann selbst das Pferd besteigen zu können. Das politische Intrigenspiel der Parlamentarier in Bonn und die Lust am Diffamieren gehören wohl ebenfalls zum Deutschlandbild der Nachkriegszeit.

11. Nach dem Sprichwort "Dem Schwachen bleibt nichts als das Recht" hat sich nun die Bundesregierung aus dieser Malaise heraus bei der Gestaltung ihrer Aussenpolitik in einen heillosen Formalismus verstiegen, welcher dazu führt, dass sie vielfach an den Realitäten vorbeisieht und deshalb auch von den verbündeten Westmächten als Störenfried empfunden wird, wenn sie mit ihren alten Problemen kommt, welche letztere angesichts ihrer eigenen Sorgen bereits als zweitrangig wenn nicht gar schon als obsolet betrachten.

Im Sinne von Richtlinien liess der Bundeskanzler im Juli 1964 folgende Rangordnung der politischen Zielsetzungen der Bundesrepublik verkünden

I. Die Wiedervereinigung Deutschlands, die allem anderen vorzuziehen hat und nur mit Hilfe der Verbündeten, insbesondere der drei Westmächte, erreichbar erscheint.

II. Die Verteidigung der Bundesrepublik im Rahmen der NATO, eng angelehnt an die Vereinigten Staaten, und erst in

III. dritter Linie die Bestrebungen zur Schaffung eines supranationalen Europas, wofür die deutsch-französische Zusammenarbeit Voraussetzung ist.

I.

12. Die Bundesrepublik nimmt bekanntlich für sich in Anspruch, allein das deutsche Volk zu vertreten, um die angeblich im Potsdamer Abkommen stipulierte politische Einheit Deutschlands wieder herzustellen. Sie hat hiezu, kommerziell ausgedrückt, gewissermassen das Dritte Reich mit Aktiven und Passiven übernommen, was unter anderem im Londoner Schuldenabkommen und in der Leistung von Entschädigungen für die Naziopfer zum Ausdruck kommt. Das politische Ziel ist nicht Zusammenschluss mit der Deutschen Demokratischen Republik, der DDR, sondern Anschluss der sowjetischen Besatzungszone, der SBZ.

Bevor ich näher auf die Bonner Wiedervereinigungspolitik eintrete, ist der Versuch am Platze, darzulegen, welchen Gang die Dinge eigentlich in der Sowjetzone in den zwanzig Jahren seit dem Waffenstillstand

genommen haben. Wie bereits bemerkt, kann ich mich hiebei nicht auf eigene Beobachtungen berufen. Es mangelt indessen auch in der Bundesrepublik nicht an einschlägigen Publikationen, wobei es nicht schwer fällt, die Tendenzen der verschiedenen Schriften zu erkennen und ihre Objektivität zu überprüfen.

Als umfassende Darstellung, welche genügend Kritik enthält, um auch die positiven Feststellungen einigermaßen als glaubwürdig erscheinen zu lassen, darf ich hier das 1964 erschienene Buch "Das zweite Deutschland, ein Staat der nicht sein darf" erwähnen.* Der Verfasser, Ernst Richert, war bis 1948 als Journalist in der Zone und lebt seither als unabhängiger Publizist in Westberlin.

In seiner Abhandlung erinnert er zunächst daran, dass anfänglich die Sowjetunion nicht recht wusste, was sie mit dem ihrerseits besetzten Teil Deutschlands anfangen sollte. Sie konzentrierte sich auf die Ausbeutung der Wirtschaft und zeigte sich bis Mitte 1952 bei der politischen Organisation des Gebietes auffallend zurückhaltend. Nachdem im Herbst 1949 der Westen mit der Gründung der Bundesrepublik vorangegangen war, wurde zwar auch der Ostzone unter der Bezeichnung "Deutsche Demokratische Republik" staatliche Gestalt verliehen, aber noch zögerte man in Moskau, die eingesetzte Regierung mit Souveränitätsrechten auszustatten und ihr die Aufstellung einer eigenen, über blosse Ordnungskräfte hinausgehenden Armee zu gestatten. Der endgültige Entscheid in Richtung einer Eigenstaatlichkeit fiel erst, als die Bundesrepublik im Jahre 1955 in die atlantische Verteidigungsorganisation aufgenommen wurde. Vorher noch bot Stalin in der Note vom 10. März 1952 freie gesamtdeutsche Wahlen an, unter der Voraussetzung, dass ein vereinigtes Deutschland bündnislos und entmilitarisiert bleibe.

Diesen Vorschlag lehnte Bonn bekanntlich ab. Damit war die Trennung Deutschlands in zwei staatliche Gebilde perfekt, nachdem schon im Jahre 1947 der Versuch auf westdeutscher Seite misslang, auf Länderbasis zu einer Normalisierung der innerdeutschen Beziehungen zu gelangen.

* Ernst Richert, Das zweite Deutschland, ein Staat der nicht sein darf. 1964 Sigbert Mohn-Verlag, Gütersloh.

Es wird heute noch in Bonner politischen Kreisen diskutiert, ob es richtig war, 1952 den sowjetischen Vorschlag zurückzuweisen, ohne ihn wenigstens zu "testen", d.h. abzuklären, ob es die Russen wirklich ernst meinten. Eines steht fest, seit jenem Zeitpunkt ist es mit der Wiedervereinigung Deutschlands keinen Schritt vorwärts gegangen, und Bonn konnte nicht verhindern, dass sich die Situation innerhalb der DDR konsolidierte.

13. Die Ausgangslage in der Ostzone war hiebei, auch wirtschaftlich gesehen, denkbar ungünstig. Keine Marshallplanhilfe, sondern 10 Jahre lang Ausbeutung, Mangel an Rohstoffen und eigenen Lebensmitteln, Verlust der angestammten Absatzgebiete. Dazu kam die sture Anwendung der sowjetischen Wirtschaftstheorien in Industrie und Landwirtschaft. Erst 1960, nachdem vorher noch Grund und Boden verstaatlicht worden waren, habe eine Tendenz zum Rentabilitätsdenken in den Betrieben eingesetzt. Der Landwirtschaft ging es seit 1963 etwas besser.

Bedenkt man, dass trotz dieser Hemmnisse heute die DDR mit ihren 17 Millionen Einwohnern glaubt behaupten zu dürfen, punkto industrielle Produktion wieder an die 7. Stelle unter den Wirtschaftsmächten der ganzen Welt aufgerückt zu sein und in der wissenschaftlichen Forschung wie auch auf dem Gebiet der Technik bedeutende Leistungen vollbracht zu haben, so könnte man fast auch in ihrem Fall von einem Wirtschaftswunder sprechen!

14. Wie stellt sich nun die Bevölkerung der Ostzone zum dortigen Regime?

Nach Richert wäre es nicht gelungen, das Volk zu den zehn Geboten der sozialistischen Macht, die Ulbricht 1958 diktierte, zu bekehren. Das Regime wurde nie akzeptiert, aber man habe sich mit ihm abgefunden. Dabei machte die DDR-Gesellschaft eine Reihe von Zerreißproben durch - Entnazifizierung - sozialer Umbruch als Folge der Verstaatlichung - negative Auslese durch die Fluchtbewegung nach dem Westen. Die hieraus resultierende Umformung habe zur Folge gehabt, dass bereits 1961 87,5 % aller Erwerbstätigen im staatlichen Sektor arbeiteten, gegenüber erst knapp 55 % im Jahre 1951.

Bedenkt man, dass der Hand zum Individualismus bei den Preussen und Sachsen ohnehin nicht so verbreitet ist wie bei den Westdeutschen, so leuchtet die Feststellung Richerts ein, dass sich die ostdeutsche Gesellschaft mit dem Regime arrangiert hat. Nonkonformisten sollen sich noch in Kreisen der ehemaligen Sozialdemokraten und bei den überzeugten Christen finden.

Die Vergesellschaftung äussere sich auch in einem beachtenswerten Kameradschaftsgeist innerhalb der Betriebe. Die schrittweise Erhöhung des Lebensstandards, welcher das sog. "soziale Gefälle" gegenüber der Bundesrepublik verminderte, erhöhte das Vertrauen der Bevölkerung in die eigene Wirtschaftslage. Die Abwanderung nach dem Westen ging zurück. Dann sei aber 1960 die Situation auf den Kopf gestellt worden. Das Ulbrichtregime wollte es der Sowjetunion im Bestreben gleichzutun, bis zum Jahre 1970 das Produktionsniveau der Vereinigten Staaten zu erreichen, verursachte aber damit nur ein heilloses Durcheinander, wusste sich nicht anders zu helfen, als - ohne hiezu von Moskau gezwungen worden zu sein - die am meisten desorganisierte Landwirtschaft zu kollektivisieren und zu den früheren politischen Terrormethoden zurückzukehren. Der psychologische Effekt blieb nicht aus, die Abwanderung nach dem Westen setzte wieder mit einer solchen Wucht ein, dass 1961 kein anderer Ausweg blieb, als die Mauer zu errichten.

Die Mauer in Berlin und die hermetische Abdichtung der Zonen-grenze bestehen heute noch. Nach dem Urteil von Leuten, die in die Lage kommen, die DDR zu besuchen, sind dort die Lebensbedingungen immer noch schlecht, die geistige Bevormundung stark und daher zum mindesten bei den Älteren die Verbitterung und Hoffnungslosigkeit gross.

15. Bei der Jugend - um zur Abhandlung Richerts zurückzukehren - beginne die politische Schulung im 14. Altersjahr, mit dem Beitritt zur FDJ, der "Freien Deutschen Jugend", der meistens aus purem Opportunismus erfolge, um zum Hochschulstudium zu gelangen oder ein Unterkommen in der Verwaltung zu finden. An und für sich bleibe die Jugend apolitisch.

Laut einer ostdeutschen Agenturmeldung wären zur Zeit 56 % aller Jugendlichen der Jahrgänge 1943 - 1950 FDJ-Mitglieder.

Die ostdeutsche Jugend gleiche in vielem der westdeutschen, sie verhalte sich ebenso skeptisch und antiideologisch. Was aber bei den jungen Ostflüchtlingsen stets auffalle, sei der vollständige Mangel an persönlicher Initiative. Seit der Kindheit daran gewöhnt, dass sich der Staat um sie kümmere, erwarten sie alles von ihm. Sie unterscheiden sich von ihren westdeutschen Altersgenossen durch ihr Massenverhalten und durch ihren Kollektivismus. Dank dem seit 1959 obligatorischen "Produktionstag" - vom 12. Lebensjahr an wird ein Tag pro Woche in einem Betrieb gearbeitet - lernten sie nicht nur das praktische Leben kennen, sondern erwerben auch Verantwortungsgefühl und Lebensernst, was sie in Verbindung mit einem betonten Puritanismus fähig mache, nach Plan zu funktionieren. Wenn es der Partei zwar nicht gelungen sei, die Jugend zu verpolitisieren, so habe sie dafür perfekte Beamtenseelen geschaffen.

In ihrem jüngsten Bericht über die Lage in der DDR an der Jahreswende gelangt auch unsere Delegation in Berlin zur Annahme, dass die ostdeutsche Jugend kein Aufgehen der DDR in der Bundesrepublik wolle. Sie fühle sich manchmal von den Brüdern im Westen als Deutsche zweiter Kategorie betrachtet.

Wesentlich erscheint mir auch, dass - wenigstens in materieller Hinsicht - die beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten den geflüchteten Ostdeutschen im Westen nicht besser erscheinen als zu Hause. Daher mag auch kommen, dass sich manche wieder zur Rückkehr entschliessen.

Wie weit und wie lange die Deutschen in der Ostzone das Arrangement mit dem Regime ertragen, ist nicht abzuschätzen. Sicher erscheint, dass mit der unverkennbar vorangetriebenen Volksbildung auch die Fähigkeit zu eigenem Denken zunimmt und daher schon die nächste Generation Ansprüche stellen wird, die mit den derzeitigen Beherrschungsmethoden nicht mehr befriedigt werden können. Die entsprechende Entwicklung zeichnet sich ja bereits in den anderen Ostblockstaaten und auch in der Sowjetunion selbst ab. Auch das jugoslawische Beispiel,

dessen Bedeutung nicht immer genügend gewürdigt wird, könnte Schule machen.

Zur Vervollständigung des Bildes möchte ich hier noch die Ueberlegung einflechten, dass die Ostdeutschen der Sorge enthoben sind, die Vergangenheit zu bewältigen. Die DDR erhebt keinen Anspruch darauf, als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches zu gelten. Sie betrachtet sich als neuer Staat und bemüht sich in ihrer politischen Propaganda nachzuweisen, dass alles Ueble des Naziregimes nur in der Bundesrepublik weiterlebt.

16. Die offizielle Politik Bonns gegenüber diesem zweiten Deutschland, dem Staat der nicht sein darf, trachtet danach, dem Ulbrichtregime ein Maximum an Schwierigkeiten zu bereiten. Dabei wird in Kauf genommen, dass die Deutschen jenseits der Mauer und der Demarkationslinie in vielerlei Beziehung darunter zu leiden haben. Hierin liegt für den Unbeteiligten etwas Stossendes.

Es muss aber einleuchten, dass die Bundesregierung - solange sie den Anspruch auf Alleinvertretung des deutschen Volkes aufrecht erhält - gar nicht anders kann, als die Existenz der DDR zu verneinen und deren Behörden als Gesprächs- oder gar als Vertragspartner abzulehnen. Bis jetzt ist es ihr auch durch konsequente Anwendung der sog. Hallsteindoktrin gelungen, die Ostzone international zu isolieren. Der hierfür bezahlte Preis erscheint allerdings relativ hoch. Unter dem Titel Entwicklungshilfe muss Bonn andauernd bedeutende Summen aufwenden, um die neu entstandenen Staaten im schwarzen Erdteil und anderswo davon abzuhalten, mit Pankow anzubündeln. Im Bestreben, der DDR zuvorzukommen, wird auch das Netz der diplomatischen Vertretungen bei jeder Gelegenheit ohne Rücksicht auf praktische Berechtigung ergänzt.

Die Hallsteindoktrin ist aber auch präventiv, es haftet ihr der Geruch der Drohung und der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Länder an. Setzt sich ein Staat über diese Drohung hinweg, so muss Bonn in der betreffenden Hauptstadt das Feld zu Gunsten der DDR-Vertretung räumen und die Beziehungen abbrechen. Dies war in Belgrad der Fall, wobei der vorgenommene Bruch blosse Formalität

geblieben ist, denn die zwischenstaatlichen Beziehungen gehen beinahe normal weiter. Beim politischen Debakel in den arabischen Staaten im Anschluss an die Bereinigung des Verhältnisses zu Israel wirkte die Hallsteindoktrin als Bumerang, denn die Araber haben sie mutatis mutandis gegen die Bundesrepublik angewendet.

Auch wir haben übrigens Grund, uns grundsätzlich gegen die in dieser Doktrin verkörperte Zumutung zu verwahren. Das Problem ist zwar nicht aktuell, denn nachdem unsere Delegation im Jahre 1953 mit Brachialgewalt aus Ostberlin hinausgeworfen worden ist, weil wir kein Interesse an einer sofortigen Aufnahme formeller diplomatischer Beziehungen hatten, kommt auf unserer Seite eine Initiative in Richtung einer Normalisierung der Beziehungen mit der DDR in absehbarer Zeit wohl nicht in Frage.

17.

Als die Bundesrepublik 1955 in die NATO aufgenommen wurde, tobte der kalte Krieg. Die Demarkationslinie zwischen West- und Ostdeutschland bildete einen Teil der Frontlinie. Das geteilte Deutschland lag mitten im geteilten Europa. Bonn konnte für die Durchsetzung seiner Wiedervereinigungspolitik auf die Westmächte zählen, und diese stellten in Berlin ihre Einsatzbereitschaft unter Beweis. Die politische und propagandistische Einheitsfront des Westens gegen den Sowjetblock verlieh den Westdeutschen Zuversicht und die Gewissheit, dass sich ihre Belange in guten Händen befinden.

Heute sind aber die Dinge in Fluss geraten, die Front ist "aufgeweicht". Bonn leidet unter dem Alptraum einer Verständigung zwischen Washington und Moskau auf Kosten der Deutschen. Geteilt ist nur noch Deutschland. In den westlichen Hauptstädten und in Washington zeigen sich Ermüdungserscheinungen, wenn das Begehren auf Wiederaufrollen der Deutschlandfrage immer und immer wieder vorgebracht wird.

In Bonner politischen Kreisen beginnt sich die Erkenntnis durchzusetzen, dass die Zeit gegen die Wiedervereinigung durch Anschluss der Ostzone arbeitet. Die Stimmen, die Zweifel an der offiziellen Deutschlandpolitik hegen, mehren sich. Man fängt an, sich über die tatsächlichen Verhältnisse in der DDR Rechenschaft abzulegen. So hat

kürzlich Vizekanzler Mende, der es in seiner Eigenschaft als Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen ja wissen muss, in einem Presseinterview erklärt, er befürchte, dass nach und nach in der Zone als Folge der unverkennbaren Fortschritte in der wirtschaftlichen Entwicklung ein unabhängiges Vaterlandsgefühl entstehe.

Die Bedeutung dieses Eingeständnisses wird noch unterstrichen durch die Feststellung eines hohen Beamten des Verteidigungsministeriums, wonach die abgesprungenen Angehörigen der Volksarmee bei ihrer Einvernahme zwar über die materiellen Verhältnisse in der DDR klagen, aber samt und sonders stolz sind auf ihr Soldatentum!

Auch in Kreisen des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, einer breitangelegten politischen Organisation mit der Aufgabe, den Wiedervereinigungsgedanken nicht erlahmen zu lassen, werden Besorgnisse laut wegen der Stabilisierung der Verhältnisse jenseits der Demarkationslinie.

Unter dem Stichwort "offensive Entspannung" legt andererseits der Radiokommentator Peter Bender der Bundesregierung nahe, auf das Unerreichbare - auf den baldigen Anschluss der Ostzone - zu verzichten, um ein Ziel anzustreben, das erreichbar ist, nämlich die Wiederherstellung möglichst vielseitiger Kontakte mit der Bevölkerung der Ostzone und die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse durch Wirtschaftshilfe. Wenn dadurch das Ulbrichtregime zunächst vielleicht eine Stärkung erfahre, so würde es dafür mit der Zeit von Moskau unabhängiger und könnte wenigstens den sich in anderen Oststaaten abzeichnenden Weg zu fortschreitender Liberalisierung ebenfalls beschreiten.

In Regierungskreisen ist aber zur Zeit noch keine Bereitschaft erkennbar, von der formalen Einstellung abzuweichen und Hand zu bieten zu Abmachungen mit den Zonenbehörden, nicht einmal bei den Passierscheingesprächen in Berlin. Wenn man sich vergegenwärtigt, wieviel menschliches Leid hüben und drüben durch die hermetische Schliessung der Zonengrenze verursacht wird und wie die beiden Teile Deutschlands von Jahr zu Jahr in schwer wiedergutzumachender Weise auseinanderleben, müssen einen Zweifel an der Richtigkeit der Bonner Deutschlandpolitik aufkommen.

Gewiss, primär sind die Machthaber in der DDR am Uebel schuld, denn sie haben die Mauer errichtet. Aber glaubt man in Bonn denn wirklich, die Pflicht allen Deutschen gegenüber getan zu haben, wenn man für sich ein Alleinvertretungsrecht in Anspruch nimmt, das man praktisch nicht ausübern kann, oder wenn man möglichst viel ausländische Besucher auf Staatskosten nach Berlin bringt, um sie an die sog. Schandmauer zu führen, wo Deutsche auf Deutsche schiessen?

18. Diese Ueberlegung führt zur vielleicht ketzerisch anmutenden Frage, ob es die Deutschen auf der Westseite überhaupt mit der Wiedervereinigung ernst meinen. Diese Frage erscheint schon deshalb nicht ganz als abwegig, weil ja Deutschland als Nation im modernen Sinne des Wortes nicht gerade sehr alt ist und auch innerhalb der Bundesrepublik eigenstaatliche Tendenzen zu erkennen sind.

Zunächst kann angenommen werden, dass jeder normale Deutsche die Wiedervereinigung will, denn der Normaldeutsche ist machtgläubig und 75 Millionen sind mehr als 58. Wie steht es aber mit der Bereitschaft, für dieses Ziel materielle Opfer zu bringen? Meines Wissens wurden hierüber noch keine Meinungsforschungen vorgenommen, und das, was ich bis jetzt gesprächsweise zu hören bekam, ist für die Gesamteinstellung natürlich bei weitem nichtrepräsentativ genug. Ich muss mich daher auf die Feststellung beschränken, dass die Mehrzahl meiner Gesprächspartner die Tatsache der Teilung Deutschlands zum mindesten mit Gelassenheit hinzunehmen scheint.

Dabei zeichnet sich aber seit einiger Zeit doch auch die Tendenz ab, die Dinge nicht nur an der Grösse des Opfers zu messen, welches eine Wiedervereinigung mit sich brächte, sondern auch den technischen Fortschritt und die damit verbundene wirtschaftliche Erstarkung der DDR in Rechnung zu stellen, auf was mit nicht geringem Stolz hingewiesen wird. Für einen Deutschen liegt es nicht allzu fern, in dieser Situation Ueberlegungen anzustellen, wie ich sie eben angedeutet habe: Ein geeintes Deutschland wäre ein Staat, den man allein seines wirtschaftlichen Potentials willen nicht mehr so leicht übergehen könnte, und dessen Regierung endlich in der Lage wäre, eine eigene deutsche Politik zu machen.

Die politischen Parteien treten samt und sonders mit nur wenig nuancierter Lautstärke für die Wiedervereinigung, für das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung ein, schon mit Rücksicht auf die Wählerstimmen der sog. Heimatvertriebenen. Dabei wird aber wohl bewusst übersehen, dass diese rund 400'000 Vertriebenen gar nicht aus der heutigen DDR stammen, sondern aus Gebieten, die unter polnischer, tschechischer oder sowjetischer Verwaltung stehen. Am konsequentesten setzen sich die Sozialisten für eine gesamtdeutsche Lösung ein, denn sie wären gegebenenfalls die potentiellen Gewinner und hätten gewisse Aussichten, die CDU/CSU zu überflügeln.

In Finanz- und Wirtschaftskreisen ist man sich bewusst, dass die Wiedervereinigung auch heute noch enorme finanzielle Aufwendungen bedingen würde und nicht ohne vorübergehende Senkung des westdeutschen Lebensstandards zu realisieren wäre. Dafür böte sich auf längere Sicht der Industrie ein erweiterter inländischer Absatzmarkt.

Die Jugend scheint bis heute noch nicht richtig vom Problem erfasst zu sein, wird sich aber leicht zum gegebenen Zeitpunkt für ein Grossdeutschland erwärmen lassen. Auch die grosse Masse der materiell eingestellten Durchschnittsdeutschen dürfte mitmachen und höchstens murren, wenn sie ihre Konsumanforderungen zurückschrauben muss.

Mit den sich aufdrängenden Vorbehalten kann daher zusammenfassend gesagt werden, dass die Deutschen westlich der Demarkationslinie mehrheitlich eine Wiedervereinigung begrüßen würden, dem Problem aber nicht die brennende Aktualität beimessen, die ihm vom Kuratorium Unteilbares Deutschland mit kostspieligem Propagandaaufwand verliehen wird, sondern - eingebettet im eigenen relativen Wohlstand - am liebsten den Dingen ihren Lauf lassen und nur an die Nöte ihrer Volksgenossen im Osten denken, wenn sie dort nahe Verwandte oder Bekannte haben.

9. Zu einem Referat über das Deutschlandproblem gehört selbstredend auch ein Kapitel über Berlin. Hierbei muss ich aber aus zeitlichen Gründen den internationalen Aspekt ausser Betracht lassen und mich auf die Feststellung beschränken, dass nach der bundesdeutschen Verfassung

Berlin ein Land der Bundesrepublik darstellt. Allerdings ist Bonn an der Ausübung gewisser Souveränitätsrechte gehindert, in entscheidendem Masse werden diese durch die interalliierte Kommandatur ausgeübt. Im Kalten Krieg war Berlin das Symbol des Widerstandes gegen den Ostblock, es ist heute immer noch der Prüfstein für die Aufrichtigkeit der Moskauer Koexistenzpolitik. Der Bundesrepublik bietet die ehemalige Reichshauptstadt einen bevorzugten Ansatzpunkt für ihre Wiedervereinigungsbemühungen, was unter anderem auch in den den Westmächten keineswegs genehmen demonstrativen Tagungen des Bundestages in Berlin zum Ausdruck kommt. Wenn sich der Bundespräsident in Berlin aufhält, so pflegen die Botschafter der Westmächte, welche gleichzeitig das Amt des Hohen Kommissars ausüben, den Empfängen fernzubleiben, denn sie müssten kraft ihres Amtes dem Bundespräsidenten gegenüber den Vortritt beanspruchen.

Für die wirtschaftliche Existenz von Westberlin erbringt die Bundesrepublik bedeutende finanzielle Leistungen; ein Vorgeschmack dessen, was im Falle eines Wiederanschlusses der Zone aufzuwenden wäre.

II.

20. Die in Potsdam bei den siegreichen Alliierten noch vorherrschende Idee, Deutschland als Staat bestehen zu lassen, aber Vorkehrungen zu treffen, um eine Wiederaufrüstung zu verhindern, wurde durch die Westmächte über Bord geworfen, als sie im Jahre 1955 die Bundesrepublik in das nordatlantische Bündnissystem aufnahmen. Bonn hat sich bei diesem Anlass bekanntlich verpflichtet, keine Atomwaffen, sowie keine chemischen oder biologischen und gewisse andere schwere Waffen herzustellen. Für die Deutschen brachten diese Abmachungen das Ende des Besatzungsregimes, mit dem Vorteil, dass die fremden Truppen auf Vertragsbasis im Lande blieben und daher kein strategisches Vakuum entstand. Zudem konnte die eigene Aufrüstung zunächst begrenzt bleiben. Zur Zeit verfügt die Bundesrepublik erst über 12 eigene Divisionen. Der Gesamtbestand aller Streitkräfte beträgt zirka 440'000 Mann. Dazu

kommen die 7. amerikanische Armee mit ungefähr 230'000 Mann und Kontingente anderer NATO-Partner.

21. Im NATO-Verband wird die Bundesrepublik grosso modo als gleichberechtigter Partner anerkannt. Zur Diskussion steht jedoch das Mitspracherecht beim Einsatz von Atomwaffen. Die Zwängerei Bonns in dieser Hinsicht ist, zum Teil wenigstens, eine Folge der formalistischen und daher manchmal engstirnigen politischen Konzeption, wozu auch die möglicherweise vorhandene Absicht gehört, das Begehren nur als Druckmittel anzuwenden, um Moskau zur Preisgabe der Zone zu bringen. Natürlich spielen aber auch rein militärische Ueberlegungen eine Rolle, deren Folgerichtigkeit wohl nicht abgestritten werden kann. Weder in Paris noch in London denkt man daran, den deutschen Finger je an der Drücker zu lassen. Premier Wilson hat es in Moskau erneut verkündet. Auch in Washington besteht wohl im Grunde genommen dieselbe Auffassung, man will aber das deutsche militärische Potential warm halten und sucht daher nach einer Zwischenlösung, um so mehr als das Engagement in Vietnam die verfügbaren eigenen Truppenbestände mehr und mehr bindet und vielleicht in naher Zukunft ein Abbau der Bestände in Europa unumgänglich wird, wenn man sich nicht zur Einberufung von Reservisten entschliessen kann.

Das Begehren um atomares Mitspracherecht ist in der Bundesrepublik nicht gerade populär. Manche politisch Einsichtige sind sich bewusst, dass damit das Verhältnis zur Sowjetunion ohne Nutzen noch weiter belastet wird. Von einem deutschen in der Rüstungsindustrie versierten Grossunternehmer konnte ich auch unlängst die Meinung vernehmen, die offizielle Haltung Bonns sei unsinnig, denn wenn Deutschland schon Atomwaffen brauche, so sei es auch in der Lage, solche selbst herzustellen!

22. Die Bundesregierung argumentiert mit der angeblichen Bedrohung durch die Sowjetunion. Die Gefahr eines militärischen Vorstosses der Russen bis zum Atlantik wird aber bekanntlich heute in Paris und London nicht mehr als akut betrachtet. Man kann sich überhaupt fragen, ob diese je daran dachten, Westeuropa anzugreifen.

Die besten Kenner der Sowjetunion unter meinen früheren Moskauer Kollegen waren auf alle Fälle einhellig der Auffassung, Moskau trachte in allererster Linie danach, aus Gründen der eigenen Sicherheit die Zweiteilung Deutschlands zu verewigen, und wolle daher auch kein kommunistisches Gesamtdeutschland, denn ein solches Gebilde im Sowjetblock wäre viel zu stark und müsste über kurz oder lang den Führungsanspruch des Kremls im kommunistischen Lager in Frage stellen. Die fortschreitende Verschlechterung der Beziehungen zwischen Moskau und Peking verleiht dieser Auffassung vermehrtes Gewicht und stellt die Maxime Lenins, nach welcher es zwischen kommunistischen Staaten keinen Krieg geben könne, ernsthaft in Frage.

Die Annahme, die Wiedervereinigung rücke umso näher, je stärker die Bundesrepublik auf politischem und militärischem Gebiet werde - entweder allein oder als massgebendes Glied in einem integrierten Europa - könnte sich als falsch erweisen. Das Gegenteil scheint eher richtig - je stärker Bonn auftritt, desto grösser wird die Entschlossenheit der Sowjetunion, nichts vom im zweiten Weltkrieg eroberten strategischen Vorfeld preiszugeben. Wiedervereinigung durch Anschluss der Zone ohne neuen Krieg und Aufrüstung mit oder ohne westeuropäische Integration schliessen sich gegenseitig aus.

23.

Meine frühere Tätigkeit in Moskau bringt es mit sich, dass die meisten Leute, die ich treffe, zutreffendenfalls auf ihren Aufenthalt als Kriegsgefangener in der Sowjetunion zu sprechen kommen. Manche beschränken sich dabei auf die Feststellung, eine schwere Zeit hinter sich zu haben. Andere aber äussern sich über die dort gemachten Erfahrungen, über die guten Charaktereigenschaften der russischen Bevölkerung und über ihre Genugtuung, dass sie als Arbeiter den Russen doch etwas zeigen konnten! Der Nimbus der germanischen Kulturmission im slawischen Osten treibt immer noch sein Unwesen und bringt auch mit sich, dass an und für sich wohl bei den meisten Deutschen die Bereitschaft bestände, sich mit den Russen und mit den anderen slawischen Völkern zu verständigen.

Auf wirtschaftlichem Gebiet bahnt sich bereits eine neue Durchdringung an, welche die Bundesrepublik im sog. Osthandel unter den westlichen Partnern an die erste Stelle brachte.

III.

Die deutsche Einstellung zu den europäischen Integrationsbestrebungen und im besondern zur EWG ist zwiespältig. Abgesehen von Hallstein und seinen Anhängern, die unter anderem in der Gleichschaltung der Wettbewerbsbedingungen eine lebenswichtige Voraussetzung sehen für das Gedeihen der Exportwirtschaft, ist man in der Bundesrepublik unter der Führung Erhards entschieden für eine liberale Handelspolitik und würde sich eigentlich in einer gesamteuropäischen Freihandelszone viel besser zu Hause fühlen. Dazu kommt, dass sich im Jahre 1965 die Handelsbilanz mit den EWG-Partnern wegen massiver Zunahme der Einfuhr passiv gestaltete, während mit den EFTA-Ländern ein Rekordaktivum von mehr als 7 Milliarden DM herauschaute, ohne welches die Gesamtrechnung ein Defizit ergeben hätte.

Die Tendenz zur Schaffung supranationaler Organisationen innerhalb der EWG findet andererseits in Bonn konsequente Unterstützung, und zwar hauptsächlich aus politischen Gründen. Wie wir schon gesehen haben, sollte der Europagedanke bei der Jugend das fehlende Nationalbewusstsein ersetzen. Weil man, nach all dem was geschehen ist, allein unvorteilhaft dasteht, möchte man sich unter die westeuropäische Gesellschaft mischen. Die hierbei in Kauf zu nehmende Einbusse an Souveränität würde aufgewogen durch den zu erwartenden Machtzuwachs. Ein politisch integriertes Westeuropa hätte bedeutend mehr Aussicht - so denkt man - die Sowjetunion zur Räumung der Ostzone zu bewegen, als die alleinstehende Bundesrepublik. Die Europabegeisterung nahm in dem Grade zu, als Zweifel an der Zuverlässigkeit Washingtons entstanden. Noch vor Jahresfrist bezeichnete ein konservativ eingestellter politischer Kommentator das Verständigungswerk Adenauer-de Gaulle als einen Dammbau gegen die Aushöhlung der deutschen Position in der Wiedervereinigungspolitik durch den amerikanischen Entspannungsversuch.

25. Das deutsch-französische Verhältnis ist für die europäische Einigung entscheidend. Dabei kann gesagt werden, dass bei den Deutschen der Aussöhnungsgedanke auf fruchtbaren Boden fiel. Adenauer - gesinnungsgemäss ein Westeuropäer - erkannte die Chancen und verständigte sich mit General de Gaulle, wiewohl er wusste, dass dieser die Oder-Neisse-Grenze als feststehend betrachtet. Der deutsch-französische Vertrag ist zwar in vielem toter Buchstabe geblieben, aber dennoch nicht gegenstandslos geworden. Die "grandeur" de Gaulles imponiert vielen Deutschen, ja man konnte sogar zeitweise von einem deutschen Degaulismus sprechen.

Seit Erhard verstehen sich die Gesprächspartner bekanntlich nicht mehr so gut. Auf deutscher Seite ist eine Ernüchterung eingetreten, weil sich die Erwartungen nicht erfüllten. Dabei mag - vielleicht nur im Unterbewusstsein - die Spekulation mitgespielt haben, im deutsch-französischen Verhältnis werde sich der deutsche Partner als der stärkere und tüchtigere erweisen und bald die Führung in die Hände bekommen. Diese Rechnung erwies sich als falsch. Paris war stärker nicht potentiell, aber im politischen Können. Die deutschen Unterhändler zeigten sich vielfach ihren hervorragend geschulten französischen Kollegen nicht gewachsen. Der Schlag, den de Gaulle im letzten Sommer gegen die Hallsteinkommission und gegen die EWG überhaupt führte, hat Bonn konsterniert. Die abschätzigen Bemerkungen über die Franzosen wurden in auffallender Weise wieder häufiger, plötzlich erinnerte man sich erneut daran, dass diese ja den Krieg gar nicht gewonnen haben und deswegen nicht ernst zu nehmen seien. An der Wurzel dieses Unmutes sitzt die Befürchtung, dass auch die Franzosen nicht willens sind, sich für die deutsche Wiedervereinigung einzusetzen und dass sie auch ihrerseits - auf Kosten der Deutschen - nach einer Verständigung mit dem Ostblock trachten.

Anfänglich wurde zwar die französische Ostpolitik beifällig aufgenommen und nachgeahmt. Die Bundesrepublik hat heute nur noch mit der Tschechoslowakei keine vertraglich geregelten Wirtschaftsbeziehungen. Den Wiedervereinigungsstrategen in Bonn schwebte ein grossangelegtes

Isolierungsmanöver vor. Durch sukzessive Normalisierung der Beziehungen mit den Oststaaten sollte schliesslich die DDR ausgeklammert und anschlussreif werden.

Seit Bundeskanzler Erhard in Paris von de Gaulle die Zusicherung erhalten hat, er werde beim kommenden Besuch in Moskau auch die Deutschlandfrage vorbringen, hat sich das deutsch-französische Verhältnis wieder etwas gebessert. Aber schon drohen neue Schwierigkeiten in Brüssel. Nach den jüngsten Berichten hat sich dort die Haltung der deutschen Delegation versteift. Man will in Bonn keinerlei Vorleistungen mehr erbringen, sondern von nun an dem eigenen wirtschaftlichen Potential entsprechend "forscher" auftreten. Die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, dass der Versuch gemacht wird, die wirtschaftliche Macht in politische umzumünzen.

In der Zwischenzeit hat sich mit der neuen französischen Einstellung zur NATO die Situation gewandelt. Wir haben aber davon abgesehen, einen Ueberblick über die sich stellenden Probleme zu geben, da noch alles im Fluss ist. Vielleicht ergibt sich später Gelegenheit, noch etwas darüber zu sagen:

26. Diese Einstellung hat auch zur Folge, dass man sich im politischen Bonn nicht besonders erbaut zeigte, als de Gaulle den Engländern wegen der EWG Avancen machte, wiewohl rein wirtschaftlich gesehen nach wie vor der Anschluss Grossbritanniens an die EWG für die Bundesrepublik von unverkennbarem Vorteil wäre.

In Bonner Sicht steht London im politischen Kräftespiel um die Deutschlandpolitik etwas abseits. Man fühlt entweder pro-Paris oder pro-Washington und ist sich bewusst, dass die Sympathien für die Bundesrepublik in Grossbritannien noch relativ schwach sind.

27. Die Deutschlandfrage ist nun schon 20 Jahre alt und harrt immer noch der Lösung. Eine Wiedervereinigung durch Anschluss an eine aufgerüstete Bundesrepublik erscheint auf absehbare Zeit als ausgeschlossen. Bonn will aber offenbar dieses Postulat nicht zu Gunsten der anderen

Lösung, nämlich der direkten Verständigung auf politischer, zwischenstaatlicher Ebene fallen lassen.

Auf deutscher Seite wird stets betont, ohne Lösung der deutschen Frage gebe es in Europa keinen dauerhaften Frieden. General de Gaulle hat, wie gesagt, dem Bundeskanzler versprochen, dies einmal mehr den Russen zu sagen.

Aber mit der Zeit könnte man in Westeuropa doch die Erfahrung machen, dass es sich auch ohne Lösung dieses Problems leben lässt, und es den Deutschen allein überlassen, sich irgendwie miteinander zu arrangieren. Herr Mende sagte dieser Tage, die Bundesrepublik befinde sich im weltpolitischen Wartezimmer. Sie riskiert darin sitzen zu bleiben, weil sich kein Arzt oder Anwalt mehr für ihren Fall interessiert.

Wird es deswegen in Westdeutschland zu einem erneuten nationalistischen Ausbruch kommen, oder aber zu einem zweiten Rapallo? Hiefür ist zur Zeit das deutsche Volk zu weich im wirtschaftlichen Wohlstand gebettet. Für den Nationalsozialismus brauchte es nicht nur den Rattenfänger Hitler, sondern auch Menschen mit hungrigen Bäuchen, die ihm folgten.

Ganz abgesehen von der Wiedervereinigungspolitik, trachtet aber die Bundesrepublik danach, in vermehrter Masse in internationalen Dingen mitzureden und mitzuentcheiden. Die Deutschen gefallen sich je länger je weniger in der Rolle des wirtschaftlichen Riesen, der nur eine Zwergstaatspolitik macht. Ob sie damit auf der Weltbühne Sympathien und auch Vertrauen erwerben, erscheint mir zweifelhaft. Eine gefährliche Lage könnte in Europa entstehen, wenn die - wie ich eingangs schon erwähnt habe - an und für sich krisenempfindliche westdeutsche Wirtschaft in grosse Schwierigkeiten geriete und vielleicht zu einer kollektivistischen staatswirtschaftlichen Ordnung Zuflucht nehmen müsste. Diese Möglichkeit wäre aber auch bei einer gelösten Deutschlandfrage vorhanden.

28. Ich bin Ihnen nun noch eine Antwort auf die Frage schuldig, wie es zur Zeit mit unseren Beziehungen zu der Bundesrepublik bestellt ist.

Gesamthaft betrachtet, stehen wir bei unserem nördlichen Nachbarn zweifelsohne in hohem Ansehen. Unsere gesunde Wirtschaft und unsere demokratischen Einrichtungen finden meist neidlose Bewunderung, wobei sich vielleicht gewisse Sättigungserscheinungen bemerkbar machten, als in den ersten Nachkriegsjahren in etwas zu ausgiebigem Masse schweizerische Vortragsreisende unsere Demokratie anpriesen.

Unser Anteil am kulturellen Wiederaufbau der Bundesrepublik ist bedeutend. Soweit der Botschaft bekannt, wirken 83 Schweizerbürger als Dozenten an Hochschulen in der Bundesrepublik, wovon nicht weniger als 47 als ordentliche Professoren an den verschiedenen Universitäten. In der Schweiz sind andererseits zur Zeit 53 Deutsche als Hochschullehrer tätig. Sehr erfreulich hat sich in letzter Zeit auch unsere kulturelle Ausstrahlung, insbesondere auf dem Gebiete der bildenden Kunst, der Literatur und der Musik entwickelt. Im vergangenen Jahr konnten nicht weniger als 55 schweizerische Ausstellungen, 110 Vorträge und 176 künstlerische Gastspiele registriert werden. 82 Werke schweizerischer Komponisten und 75 Bühnenstücke gelangten zur Aufführung. Die Botschaft war mit Erfolg bemüht, hierbei auch die nichtdeutschsprachige Schweiz zur Geltung zu bringen.

1965 standen wir auf der Liste der Abnehmer deutscher Erzeugnisse an 5. Stelle, bei einem schweizerischen Aussenhandelsdefizit von 2.4 Milliarden DM, also gerade doppelt soviel als das Aktivum der deutschen Gesamtbilanz!

Gegen zweihundert Schweizerunternehmen unterhalten Filialbetriebe oder andere Beteiligungen in der Bundesrepublik, besonders in Südbaden, wo sie beinahe dominieren.

Unser Land ist für viele Deutsche nicht nur Ferienziel, sondern wird auch als sicherer Platz für die Anlage von Vermögenswerten betrachtet und zudem von vielen Unternehmen und finanzkräftigen Wirtschaftswunderkindern als Steueroase geschätzt, nicht gerade zur Freude der deutschen Fiskalbehörden.

Von 10 Deutschen, mit welchen ich ins Gespräch komme, haben mindestens 8 irgendwelche Beziehungen zur Schweiz, wobei fast nie Kritik geübt wird.

29. Das überragende Prestige, dessen wir uns in der Bundesrepublik erfreuen, zeigt aber auch gewisse Schattenseiten. Man betrachtet uns als stammesverwandt, gewissermassen als kleineren Bruder oder doch als Vetter, welcher sauber dasteht, es in seinem Leben zu etwas gebracht hat und daher der Sippschaft zur Ehre gereicht. Dabei wird als selbstverständlich vorausgesetzt, dass wir auch gleich denken und gleich fühlen. Diese Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse, dieses Uebersehen der kulturellen und politischen Vielgestaltigkeit unseres Landes führt dann dazu, dass jedesmal Erstaunen wenn nicht gar Entrüstung entsteht, sobald es sich herausstellt, dass wir eben doch im Grunde genommen anders geartet und daher nicht willens sind, uns die deutschen Sorgen und Auffassungen zu eigen zu machen.

Die bei jeder Gelegenheit betonte freundschaftliche Einstellung der Schweiz gegenüber enthält ein lästiges Element des herablassenden Wohlwollens des Grösseren dem Kleineren gegenüber, was aber nicht heisst, dass wir mit diesem Wohlwollen rechnen können, wenn wir es wirklich einmal brauchen. Gerade bei dem für uns so wichtigen Problem der drohenden Diskriminierung durch die EWG dürfen wir nur dann auf deutsches Verständnis und deutsche Hilfe rechnen, wenn das Eintreten für schweizerische Belange nichts kostet. Sobald aber auch nur ein geringfügiges Opfer oder ein minimier Abstrich an der politischen oder wirtschaftlichen Zielsetzung der Bundesrepublik notwendig wäre, wird man uns mit der Bemerkung abspeisen, es gehe uns ja so gut, dass wir ohne weiteres in der Lage seien, die Nachteile aus eigener Kraft zu überwinden.

Dessen ungeachtet, können wir aber bis zu einem gewissen Grad auf die Deutsche Bundesrepublik zählen, wenn die Frage einer Verständigung zwischen EFTA und EWG wieder aktuell wird, denn dieser Partner - vielleicht mehr denn die anderen EWG Mitglieder - ist auf den Handel

- 27 -

ausserhalb des Gemeinschaftskreises angewiesen und kann schon wegen seiner expansiven Veranlagung nicht hinnehmen, dass seine äusseren Positionen geschwächt werden. Dazu kommt noch, dass die Deutschen, trotz ihrer Bindung an die vorhandenen Richtlinien und ihrem Mangel an Anpassungsvermögen, im Grunde genommen doch vernünftigen Argumenten zugänglich sind.
